

Pensionistenbrief 2019/1

Februar 2019

Hallo Freunde!

Eigentlich wollte ich mit dem ersten Pensionistenbrief in diesem Jahr noch warten bis der Delegiertentag vorbei ist, aber es hatte sich doch schon einiges angesammelt und außerdem musste ich meine Wut über die „schlampige“ Arbeit bei der Süddeutschen Zeitung loswerden.

Die Zukunft scheint auch wesentlich negativer zu werden, als man uns täglich vorlügt. Es gibt zwar zwischen durch schon mal einen Lichtblick, z.B. von unserer Bundes seniorenvertretung, aber dafür frisst uns der liebe Staat mit seinem Finanzamt bald noch den letzten Cent aus der Tasche.

Gut dass wenigstens Europa gelegentlich für ungewollte Heiterkeit sorgt. Das ist aber streng geheim! Man sollte nur hinter der vorgehaltenen Hand darüber lachen.

Mein einziger Trost: Wenn demnächst die Eiskappen der Pole schmelzen und halb Europa überspülen, dann werden wir hier im bayerischen Bergland Berlin und Brüssel um Jahre überleben!

Ich melde mich wieder nach dem nächsten Delegiertentag im März.

Bis dahin kollegiale Grüße

*Fuer Pensionisten-Grufiti
Heinz Festner*

Impressum:

Herausgeber:	Vereinigung der b eschäftigten in der t echnischen ü berwachung (btü) Westendstr. 199 D - 80686 München
Geschäftsstelle:	Dr. Theobald Schrems Str. 6 D - 93180 Deuerling Tel.: (0 94 98) 90 20 93
Bürozeiten:	Di. bis Do. 8.00 Uhr – 12.00 Uhr Fax: (0 94 98) 90 20 21 e-mail: post@btue.de Homepage: www.btue.de
Verantwortlich:	Der Vorstand der btü
Druck:	Scheck Druck GmbH & Co. KG Hemau

Das Ende der Unfehlbarkeit

Anfang Februar äußerte ein gewisser Uwe Ritzer in der Süddeutschen Zeitung seine Meinung über den TÜV SÜD. Anlass war der schreckliche Dammbbruch in Brasilien. Obwohl Herr Ritzer noch nicht genau sagen konnte „ob schlampige TÜV-Mitarbeiter“ an der Katastrophe mitschuldig sind, hat er deutlich seine Bedenken geäußert, dass sich dies doch verheerend auf den Ruf des Münchner Prüfkonzerns auswirken könnte. Es könnte dies „das Ende der Unfehlbarkeit“ bedeuten.

Zur Unterstützung dieser seiner Angst mussten außer den bekannten Brustimplantaten auch nicht verhinderte Betrugsskandale, verletzte 80-jährige und eine gerissene Schweißnaht herhalten.

Nun hätten wir in diesem „Münchner Prüfkonzern“ zwar einige Abteilungen, die alle diese Befürchtungen richtig stellen könnten, aber ich habe Verständnis dafür, dass sie bei so vielen Un- und Halbwahrheiten lieber darauf verzichteten. Vielleicht wäre es auch zu viel der Ehre!

Der Artikel steht allerdings in der Süddeutschen Zeitung, die eigentlich die Grenzen der Pressefreiheit kennen müsste, aber so gut wie früher scheint die Kontrolle auch nicht mehr zu sein!

Alle diese Überlegungen gelten nicht für mich, wenn ich von „schlampigen TÜV-Mitarbeitern“ lesen muss! Keiner von uns hat je behauptet unfehlbar zu sein. Wir waren uns allerdings stets bewusst, dass jeder Fehler von uns Gefahr für andere bedeuten kann! Leute wie dieser Schreiberling wären bei uns nicht alt geworden! Vermutlich wurde er dumm geboren und ist konsequent geblieben.

*„Zwei Sachen sind unendlich“,
sagte Albert Einstein.
Das Weltall und
die Dummheit der Menschen.
Beim Weltall bin ich mir
allerdings nicht ganz sicher.“*

Neues Jahr – neues Glück?

Zum Jahreswechsel sind wieder einige Änderungen in Kraft getreten, die sich auch bei uns im Geldbeutel bemerkbar machen oder sich auf unseren Alltag auswirken.

Zumindest sollte man davon gehört haben, auch wenn es sich meist nur um größere Pfennigbeträge handelt:

Bei der gesetzlichen Krankenversicherung wird die paritätische Finanzierung der Beiträge zum 1. Januar wieder in Kraft gesetzt.

Durch die sogenannte Mütterrente II erhalten die berechtigten Mütter 16,02 € mehr pro Kind im Monat. Diese Erhöhung wird allerdings erst ab Jahresmitte ausbezahlt.

Bei der Steuer erhöht sich der Grundfreibetrag. Kinderfreibetrag und Kindergeld erhöhen sich auch, aber das bringt uns keine Vorteile mehr.

Es gibt auch sonst noch einige „Verbesserungen“, die uns Pensionisten nichts mehr nützen.

Trotzdem ist es auch für uns wichtig, bei der Abgabe der Steuererklärung möglichst genau zu arbeiten oder sich von Steuerberatern helfen zu lassen. Unserem Staat etwas zu schenken, grenzt an Dummheit!

Die Abgabefrist der Steuererklärung wurde übrigens bis zum 31. Juli 2019 verlängert. Allerdings werden auch die Fristverstöße strenger verfolgt.

Bei einer Vielzahl von Versicherungsarten sind die Versicherungen künftig verpflichtet, ein Infoblatt auszuhandigen, das über den Umfang der gedeckten Risiken informiert. Auch hier kann man nur dringend empfehlen, diese Mitteilungen sehr genau und kritisch durchzulesen. Beim Abschluss einer Versicherung oder beim Wechsel des Versicherers kann man verhandeln, ist der Versicherungsfall eingetreten, hat man gegen die Ansicht der Versicherung kaum eine Chance.

Bei der Pflege sind die Folgen der Änderungen (Einführung des neuen, weiter gefassten Pflegebedürftigkeitsbegriffes) vom 01. Januar 2017 noch nicht völlig abgearbeitet.

Wenn nicht alles mehr so von der Hand geht, wie früher oder wenn man in **Teilbereichen** des Alltags auf fremde Hilfe angewiesen ist, dann sollte man sich z.B. von der zuständigen Pflegekasse beraten lassen und einen entsprechenden Antrag stellen. Falsche Bescheidenheit ist hier nicht am Platz!

Hilfreich kann hier der Ratgeber des dbb sein, auf den wir schon mal hingewiesen haben: „Leitfaden rund um den Pflegefall“. Betrag: 5,00 Euro, zu bestellen über Kontakt@dbbverlag.de

Blick in die Kristallkugel

Das passt doch wie die Faust aufs Auge: Zur gleichen Zeit, da wir nicht wissen, wie wir die Forderungen der Datenschutzgrundverordnung (DSVGO) in die Praxis umsetzen sollen, setzt ein zwanzigjähriger Milchbubi die Daten von Politikern, Fernsehjournalisten und ähnlichen Prominenten in seinen Twitter-Account (so heißt das doch?).

Ein paar Wochen später spielt man die Sache in der Presse wieder runter, denn man will doch weiter digitalisieren und nicht vor den damit verbundenen Gefahren warnen!

Wie war das doch mit dem Bargeld? Das will man abschaffen und durch eine Plastikkarte mit geheimer PIN-Nummer ersetzen! PIN-Nummer ist nur gegenüber dem Nachbarn geheim. Der Hacker lacht darüber.

Was das Plastikgeld anbelangt brauchen wir gar nicht in die Zukunft zu blicken. Die Mastercard, seit Jahrzehnten das Vorzeigemuster der Kreditkarten, hat jetzt 570 Mio. Euro Strafe zu zahlen. Warum? Juristisch schwer auszudrücken. Der Oberpfälzer würde dazu sagen: „De hom ihre Kundn bschissn“. Das ist heutzutage zwar üblich, aber man sollte sich dabei eben nicht erwischen lassen.

Ich habe also nur die Wahl, mein Geld der internationalen Mafia oder dem ortsansässigen Hacker zu geben? Egal wohin man schaut: Alles was man uns als glorreiche Zukunft andient, ist zumindest ungenießbar. Wenn sich das Angebot nicht bald verbessert, dann werden wir uns wohl auch noch gelbe Westen zulegen müssen!

„50% der jetzt im Beruf stehenden Bürger steuern zielgenau in die Altersarmut“, habe ich gelesen. Jetzt verstehe ich auch, warum man nichts dagegen unternimmt. Wer nichts auf dem Konto hat, ist für die Hacker nicht interessant. Man will sozusagen diesen neuen „Beruf“ aushungern!

Gefahr erkannt, Gefahr gebannt!

Ich hab noch ein paar Euro auf dem Girokonto. Die muss ich jetzt schnell loswerden. Vielleicht leiste ich mir doch einmal einen Kurzurlaub auf den Malediven – wenn die Streikzeit bei den Billigfliegern vorbei ist.

Geld allein macht nicht glücklich,
aber es ist besser, in einem Taxi zu weinen
als in der Straßenbahn.

Marcel Reich-Ranicki

Wer weiß denn sowas?

Natürlich wissen alle btü-Mitglieder, dass die btü ein Teil des Bayerischen Beamtenbundes (BBB) und damit auch des Deutschen Beamtenbundes (dbb) ist – und damit hört es meistens auch schon auf. Dass es im dbb eine Bundessenorenvertretung gibt, die alle fünf Jahre in einem Bundessenorenkongress die politischen Leitlinien für die kommenden fünf Jahre festlegt, muss auch für uns von Interesse sein!

Die 150 Delegierten aus der ganzen Bundesrepublik bearbeiten bei diesem Kongress fast ebenso viele Anträge. Das heißt nun nicht, dass die Anträge damit bereits erledigt wären, aber es ist schon wichtig zu sehen, in welche Richtung diese Anträge zielen. Die große Überschrift lautet jedenfalls: „Ob jung ob alt – Zusammenhalt!“

Anscheinend hat man jetzt doch schon überhört, dass es mit unserem bisherigen System ziemlich sicher in den Graben geht. Wir Alten werden immer mehr. Die Jungen können nicht gleichzeitig unsere Altersversorgung stemmen und sich selber gegen Altersarmut absichern. Trotzdem erzählt man uns laufend, dass dies wohl so seine Ordnung habe und damit „alternativlos“ sei.

Wenn man jetzt ein paar Eckpfeiler einer aktiven Seniorenpolitik eingerammt hat, dann sind das sicher schon ein paar Meter in positiver Richtung, aber das reicht eindeutig noch nicht aus! Die Schere zwischen arm und reich klafft schon sehr weit! Zu weit? Wir werden das künftig wohl noch etwas kritischer beobachten müssen!

Unser Steuer-Staat fischt weiter!

Wer seine Gehaltsmitteilungen genau durchgelesen hat, der hat sich bestimmt gefreut, dass er 15 Euro für Bankspesen bekommen hat. Warum man ihm an vier Stellen wieder Geld einbehalten hat (mit dem Hinweis EZ), wurde ihm wohl nicht ganz klar, denn das Kürzel EZ sagt nichts darüber aus.

Einer der „Genauleser“ erlaubte sich eine Rückfrage bei dem Business Service und bekam zur Antwort:

„Die Bankspesen sind neuerdings lt. Krankenkasse SV-pflichtig, da diese unter Versorgungsbezüge laufen und somit fallen Beträge zur KV und PV an.“

Die antwortende Kollegin muss schon vom Vornamen her ein nettes Kind sein und die Antwort enthält auch, was wir schon ahnten: „Hier liegt kein Fehler vor“.

Hier tatsächlich nicht! Wo gearbeitet wird, passieren zwar auch Fehler, aber die groben Fehler sucht man besser weiter oben.

Wenn sich bei der Berechnung des Gehaltes oder der Betriebsrente etwas ändert, dann sollte man das dem Betroffenen auch so mitteilen, dass er es verstehen kann! Mitteilung in Zahlen und Kürzeln ist zu wenig!

Im Übrigen: Was heißt eigentlich „SV-pflichtig“?

SV war bei uns das Kürzel für „Sicherheitsventil“. Wenn ich sehe, dass unser lieber Staat versucht, auch noch den letzten Cent aus meinem Geldbeutel zu kratzen, dann hab ich das Gefühl, als wäre auch bei mir das Sicherheitsventil kurz vor dem Ansprechen....

Finanzamt frisst Sozialeinrichtung

Ein Kollege hatte das Glück, restliche Ferienwohnungen bewohnen zu dürfen. Anschließend wurde ihm ein „geldwerter Vorteil“ mehrfach und in verschiedener Höhe abgezogen.

Für den nicht ganz korrekten Abzug hat sich der TÜV entschuldigt.

Am Abzug des geldwerten Vorteils trägt der TÜV dagegen keine Schuld, diese kleinkarierte Anordnung kommt vom Finanzamt.

Warum der TÜV diese Sache allerdings so geheim hält, dass nicht einmal die Betriebsräte genau informiert sind, kann man nicht einmal ahnen. Vielleicht ist die Sache aber auch so kompliziert, dass man sie normal denkenden Menschen nur schlecht erklären kann.

Wir haben aus gewöhnlich gut informierten Kreisen erfahren, dass die für Ferienwohnungen zuständige BSG eine Liste hat, in der für jede Ferienwohnung der zugehörige, in der Höhe variierende geldwerte Vorteil angegeben ist. TÜV SÜD übernimmt die Versteuerung, die für Rentner und Versorgungsberechtigte verschieden gehandhabt werden muss.

Was bedeutet das nun für uns Senioren?

Nicht immer ist der TÜV SÜD schuld, wenn uns etwas abgezogen wird. Manchmal ist es auch der Staat, der Angst hat, es könne uns zu gut gehen.

Der Glaube, dass in den Gehaltsmitteilungen grundsätzlich nur richtige Angaben enthalten sind, ist allerdings ein Irrglaube. Fehler sind immer möglich.

Wir Senioren haben genügend Zeit, diese Gehaltsmitteilungen genau zu prüfen und mit den vorhergehenden Mitteilungen zu vergleichen. Bei Unklarheiten haben wir auch das Recht, beim TÜV SÜD nachzufragen.

Eklat beim Dorfmetzger

Unter dieser Überschrift wurde kürzlich in der Mittelbayerischen Zeitung veröffentlicht, dass eine Kundin unter Verweis auf die Datenschutzverordnung (DSGVO) nicht mit dem Namen begrüßt werden wollte.

Es könnte dies das Stichwort für einen Kabarettisten sein, aber auf der anderen Seite sollte man doch darüber nachdenken.

Ich halte nicht viel vom Brexit aber wenn man sieht, was da aus dem Zentrum der EU zu uns rüberschwappt! Grob geschätzt könnten wir ohnehin auf die Hälfte unserer Gesetze oder Verordnungen verzichten, ohne einen Mangel an Gerechtigkeit beklagen zu müssen! Und dann setzt man uns auch noch diese DSGVO vor!

Wenn man nach dem Sinn fragt: Durch diese „Grundverordnung“ (schönes Wort!) soll der Schutz der personenbezogenen Daten innerhalb der EU sichergestellt werden. Und das in einer Zeit, in der man bis vor kurzem diese Daten von der Deutschen Post kaufen konnte bzw. in der sie jeder mittelmäßig begabte Hacker auf Wunsch beschaffen kann.

Es soll denkende Menschen geben, die eine solche Verordnung ernst nehmen. Dann sollten sie aber schnell dagegen ankämpfen, bevor ihnen das Denken auch noch bei Strafe verboten wird.

In mir keimt der Verdacht, dass die o.g. Frau Meier beim Dorfmetzger gar nicht so dumm war: Sie wollte vielleicht nur zeigen, in welchem Urwald man bei strenger Beachtung dieser Verordnung landen kann. Fehlt nur noch eine entsprechende Rückentwicklung nach Darwin und wir kommen zumindest wesentlich leichter die Bäume hinauf.

Was ich schon immer befürchtet habe: Auch in diesem Fall ist uns Österreich einen großen Schritt voraus. Wie im gleichen Artikel zu lesen war, hat dort ein Mieter unter Hinweis auf die DSGVO nicht gewollt, dass sein Name auf dem Klingelschild zu lesen ist.

Das erinnert an den uralten TÜV-Witz aus der Zeit, da die „Inschenöre“ noch mit der Bundesbahn zum Dienstort fahren. Am Bundesbahnschalter verlangte der TÜV-ler eine Fahrkarte. „Wohin?“ fragte der DB-Beamte. „Das ist scheißegal, ich werde überall gebraucht!“

Helau!

Die **btü** ist seit ihrer Geburt Mitglied im Bayerischen Beamtenbund (BBB). Insofern ist es durchaus angebracht, die BBB-Nachrichten aufmerksam zu lesen um zu erkennen, womit sich unser Staat derzeit beschäftigt.

„Beteiligungen

Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Fachschulordnung, der Fachakademieordnung und der Zweiten Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Errichtung der Akademie für Lehrerfortbildung in Dillingen“.

Das ist kein Ausschnitt aus einer Kabarett-Sendung des Bayerischen Rundfunks. Es steht dies wörtlich auf einer der ersten Seiten der BBB-Nachrichten.

Hat da nicht einer der „Begnadeten“ schon vor langer Zeit gesagt, er würde dem Amtsschimmel einen Tritt versetzen?

Das ist wie beim Obstbaum-Schnitt: **Oben** muss man das Messer ansetzen – und nicht nur die **Zweiglein** schneiden!

Unmittelbar daneben ist in übergroßen farbigen Buchstaben zu lesen:

*„Drittes Geschlecht wird auch bei Stellenausschreibungen im öffentlichen Dienst berücksichtigt.“
„.... so zum Beispiel „Juristinnen und Juristen (m/w/d)“*

Das kleine „m“ ist männlich, „w“ ist weiblich, „d“ müsste dann wohl dumm oder deppert sein, wenn man sich die obigen „Beteiligungen“ zu Gemüte führt.

Dass ich mit meinem Verdacht nicht so ganz alleine stehe, beweisen die nächsten Seiten, auf denen sich unsere neuen führenden Köpfe (Staatsminister u.ä.) vorstellen:

Da gibt es nirgends eine dreifache Anrede. Immer nur Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter!

Das kann ich gut verstehen: Die beiden in größeren Massen auftretenden Ansprechpartner (Weibchen und Männchen) sind deutlich angesprochen – und ob der Rest wirklich zur Wahl geht, ist noch nicht sicher!

Ich bin wieder beruhigt: Solange sich unser Staat mit Fragen beschäftigt, die er mit etwas Anstrengung selbst lösen kann, wäre es viel zu früh, wenn wir Alten auf die Barrikaden gehen!

Gute Nacht!